



STANDPUNKT

focus 8/16
Dezember

Europas Energiesystem: Kommunen gestalten den Wandel



Katherina Reiche
Hauptgeschäftsführerin
Verband kommunaler
Unternehmen VKU
Deutschlands

Die Europäische Union steht vor einer Vielzahl riesiger Herausforderungen, politisch wie ökonomisch. Sie muss sich mit «Brexit» und Migrationsströmen auseinandersetzen sowie zeitgleich die Chancen der Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft für alle Bürgerinnen und Bürger nutzbar machen. Auch der europäische Energiemarkt befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Der Deutsche Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und seine Mitgliedsunternehmen sind aktiver Teil dieser Neugestaltung.

Die Europäische Kommission hat erkannt, dass dazu ein ganzheitlicher Ansatz notwendig ist. Mit dem kürzlich vorgelegten Paket zum Umbau der Energieversorgung will die Kommission die Strommärkte, die Förderung von erneuerbaren Energien und Vorgaben für das Energiesparen umgestalten. Damit sollen die EU-Klimaziele erreicht werden. Für den VKU ist das konsequent und richtig. EU-Parlament und Ministerrat sind nun gefragt, diesen Weg weiter zu gehen. Marktorientierung und Flexibilität sind dabei ausschlaggebend für den Erfolg.

Das Energiesystem der Zukunft wird dezentraler. Ein in vielen europäischen Ländern zunehmend auf erneuerbaren Energien basierendes Energiesystem benötigt für windstille und sonnenarme Tage sichere, flexible

und CO₂-arme Erzeugungskapazitäten. Zudem braucht es intelligente Stromnetze sowie Speicher, um Stromschwankungen auszugleichen. Erst das Zusammenspiel dieser Komponenten gewährleistet Versorgungssicherheit.

Die kommunalen Energieversorger in Deutschland nehmen ihre Verantwortung ernst. Ein Beispiel: Der Trend von Investitionen in Kraft-Wärme-Kopplungs- und Erneuerbare-Energien-Anlagen verstetigt sich. Die Unternehmen stehen aber auch vor grossen Hürden, die den Wandel unnötig aufs Spiel setzen. Saubere Technologien müssen sich lohnen. Das ist derzeit nicht immer der Fall. Hocheffiziente Gaskraftwerke können ihren Strom nicht in ausreichendem Masse verkaufen. Dem entgegenwirken würde ein höherer CO₂-Preis. Doch der europäische Emissionshandel entfaltet aktuell kaum Lenkungswirkung.

Ein Schwerpunkt muss auch auf den Stromnetzen, insbesondere den Verteilnetzen liegen. Ihre Bedeutung wächst mit der Digitalisierung der Energiewirtschaft weiter. Den dafür notwendigen Investitionsbedarf hat das EU-Parlament vor kurzem anerkannt.

Für den VKU gilt: Wir wollen gestalten und verstehen uns als Treiber des Wandels. Kommunale Energieversorger haben über Jahrzehnte hinlänglich bewiesen, dass sie in vielerlei Hinsicht mit Veränderungen umgehen können, oftmals besser als andere. Hierfür benötigen die Unternehmen vor allem verlässliche Rahmenbedingungen.

Katherina Reiche

Liebe Leserin, lieber Leser

Energie ist ein Schlüsselfaktor für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in Städten und Agglomerationen. Mit ihren energiepolitischen Kompetenzen und besonders auch als Eigentümer von Energieversorgungsunternehmen gestalten Städte und Gemeinden die künftige Energieversorgung massgeblich mit.

Viele Städte und Gemeinden haben die Weichen schon lange in Richtung eines auf Energieeffizienz und erneuerbaren Energien ausgerichteten Energiesystems gestellt. Dieser focus widmet sich dem Umbau des urbanen Energiesystems, seinen Perspektiven und stellt dabei die Rolle der Stadt- und Gemeindewerke ins Zentrum.

Wir wünschen Ihnen frohe und energiereiche Festtage und danken Ihnen für Ihr Interesse. Gute Lektüre!

Ihre focus-Redaktion

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Unser Stadtwerk wird sich in Zukunft stets anpassen müssen»

**Hans-Ruedi Hottiger
Stadtmann Zofingen**

Hans-Ruedi Hottiger (63), parteilos, sitzt seit 2004 im Zofinger Stadtrat, seit 2006 ist er hauptamtlicher Stadtmann. Er ist zudem Grossrat, präsidiert den Regionalverband zofingenregio, den VR der StWZ Energie AG und ist Mitglied des VR der Swisspower AG. Der studierte Germanist war vor seiner politischen Karriere unter anderem Geschäftsführer der beiden Regional-TV-Sender Tele M1 und TeleTell.

Welche Bedeutung haben die Stadtwerke Zofingens, die «StWZ Energie AG», für die Stadt Zofingen?

Die StWZ Energie AG steht für eine sichere, effiziente und nachhaltige Energie- und Wasserversorgung für die Stadt und die Region Zofingen. Da sie sich zu hundert Prozent im Besitz der Stadt Zofingen befindet, ist sichergestellt, dass das Unternehmen die umwelt- und energiepolitischen Ziele der Stadt Zofingen konsequent umsetzt. Eine Eigentümerstrategie, welche regelmässig aktualisiert wird, gibt die entsprechenden Leitplanken vor. Eine sehr gut funktionierende und wettbewerbsfähige Energie- und Wasserversorgung ist ein wichtiger Faktor für die Standortqualität von Stadt und Region.

Die Energiepolitik ist im Umbruch. Welche Rollen sehen Sie für die Stadtwerke?

Die Stadtwerke tragen eine besondere Verantwortung für eine sichere und wirtschaftliche Versorgung der Kunden mit erneuerbarer Energie. Sie können die Netzkonvergenz – das intelligente Zusammenspiel der Strom-, Gas- und Wärmenetze – fokussieren, damit die optimale Integration der erneuerbaren Energien ins Schweizer Energiesystem möglich ist. So kann insbesondere auch die Frage nach der Speicherung von überschüssigem Strom aktiv mitgestaltet werden. Als verbindende Elemente spielen die Kommunikationsinfrastruktur und die smarten Technologien eine zentrale Rolle. Die Stadtwerke können auch

entscheidend dazu beitragen, die Gesamtenergieeffizienz zu steigern. Mit einer konsequenten Beschaffungsstrategie und dem Aufbau gemeinsamer Produktionskapazitäten streben die Stadtwerke an, den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch markant zu erhöhen.

Was sind die grössten Herausforderungen beim Umbau der Energieversorgung?

Wer zukunftsfähig sein will, muss sich weiterentwickeln, insbesondere auch, um für eine volle Energiemarktöffnung gerüstet zu sein. Die Versorgungssicherheit muss weiterhin ein zentrales Ziel bleiben. Dies bei einer sich mehr und mehr dezentral entwickelnden Energieproduktion, welche neue Anforderungen an die Netzinfrastruktur stellt. Dazu gilt es für die einstigen Monopolisten, die Kundenorientierung weiter zu optimieren. Die grosse Herausforderung ist, sich auch künftig am Markt zu behaupten und gleichzeitig Schritt um Schritt den Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung zu gehen. Dazu wird vor allem für kleine Energieversorger die Zusammenarbeit mit regionalen und nationalen Partnern wichtiger, ja überlebensnotwendig.

Welche Leitlinien gelten bei dieser Neuausrichtung?

Drei Aspekte sind zentrale Ziele des Umbaus: Erstens muss weiterhin eine sichere und wirtschaftliche Versorgung mit Energie gewährleistet werden. Zweitens soll mit der

Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz eine langfristig ressourcenschonende Energienutzung sichergestellt werden. Und drittens soll der Umbau auch sozialverträglich sein und allen gesellschaftlichen Schichten ermöglicht werden.

Die StWZ Energie AG feierte dieses Jahr ihr 100-Jahr-Jubiläum. Was erwarten Sie von Ihrem Stadtwerk in den nächsten hundert Jahren?

Ich erwarte von der StWZ Energie AG, dass sie sich auch in Zukunft wirtschaftlich erfolgreich und kundenorientiert im Markt behauptet und weiterhin die vorgegebenen Ziele der Eigentümerin konsequent umsetzt. Das bedingt ständige Anpassung.

Wo sehen Sie die Stadt Zofingen in 20 Jahren?

Zofingen wird in den nächsten 20 Jahren wachsen, noch urbaner werden und seine Stellung als Regionalzentrum ausbauen. Die Stadt wird allerdings den Charme einer Kleinstadt nicht verlieren. Die Überschaubarkeit, die Nähe von urbanen Strukturen einerseits und den diversen Naherholungsgebieten und Grünräumen andererseits gehören zu den grossen Zofinger Qualitäten. Auch die hervorragende überregionale Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr sowie die Nähe zur Autobahn machen Zofingen interessant für die Wirtschaft sowie für eine Bevölkerung, die an urbanem und zentralem Wohnen interessiert ist.

THEMA

Stadtwerke sollen zu Zentralen des «City Managements» werden

Smart Home, Smart Grid, Smart Energy, Smart City – die Zukunft der Städte wird im Energiebereich als eine Entwicklung zu mehr und mehr smarten Lösungen beschrieben. Was heisst das genau? Und wie werden sich die städtischen Energieversorgungsunternehmen in dieser smarten urbanen Zukunft positionieren können?



Eric Nussbaumer

Nationalrat BL, Elektroing. HTL, Mitglied der Energiekommission UREK-N, Leiter Kommunikation Swisspower

Die Fakten sprechen für sich: Mittlerweile lebt weltweit jeder zweite Mensch in einer Stadt. Noch weiter ist die Urbanisierung in Europa fortgeschritten: Hier wohnen bereits 72% der Bevölkerung in Städten. Diese Entwicklung bringt es mit sich, dass auch die Umweltbelastung mehrheitlich in den Städten entsteht: Urbane Zentren rund um den Globus sind für 75% des weltweiten Energieverbrauchs und 80% der vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Damit spielen Städte mehr denn je eine Schlüsselrolle im Kampf gegen den Klimawandel und im Umbau des Energiesystems. Das gilt auch für unser Land.

Smart heisst zuerst schlau vernetzt – wie eine Stadt

Mit der Feststellung der in den Städten verorteten Umweltbelastung geht heute eine interessante und einzigartige technologische Entwicklung einher. Mit den modernen Informationstechnologien sind wir heute in der Lage, cleverere Maschinen und Geräte zu entwickeln und Alltagsprozesse dank diesen smarten Geräten energieeffizienter und umweltschonender zu meistern. Wenn wir diese intelligenten Geräte und die vorhandenen Informationen der Nutzer miteinander vernetzen, dann ist das die Art und Weise, wie wir heute auch Städte planen und vernetzen: am richtigen Ort der kurze Fussweg, die schnelle Fahrradverbindung und in ansprechender Nähe die nächste Haltestelle des öffentlichen Nahverkehrs. So wie wir raumplanerisch schlau vernetzen, werden wir künftig mehr und mehr auch die dezentralen Energieproduktions- und Energienutzungsmöglichkeiten im städtischen Raum miteinander verknüpfen und Informationen

permanent austauschen. Die Arbeitswelt, die Wohnwelt und die Energiewelt kommen in der Stadt immer näher zusammen – die Städte haben ausgezeichnete Chancen, die nachhaltige Lebensweise zu fördern und voranzubringen.

Smart passt zur demografischen Entwicklung: Neue «Alte» sind technikaffin

Kommt hinzu, dass die Städte mit der demografischen Entwicklung, der Alterung der gesamten Gesellschaft, speziell herausgefordert sind. Die neuen «Alten» werden aber grossmehrheitlich technikaffin sein. Mit meinem Tablet kann ich heute schon meine Storen steuern. Tageslicht ist besser als Dauerlicht hinter dem Storen. Bettsensorik, IT-gesteuerte Temperaturregelung und vieles mehr wird im Gebäude Einzug halten. Die Demografieentwicklung und die fortschreitende Digitalisierung unserer Lebensrealität sind die beiden Treiber für den wirtschaftlichen Umbau zur Smart City.

«Städte haben ausgezeichnete Chancen, die nachhaltige Lebensweise zu fördern und voranzubringen.»

Stadtwerke sind die City-Manager der Energiezukunft

Smart City ist aber nicht nur eine technische Entwicklung im Lichte der Demografieveränderung. Smart City ist auch eine kollaborative Stadtentwicklungschance für die Stadtwerke. Weil die technische Vernetzung mitten in der Alltagswelt der Bürgerinnen und Bürger mehr Bedeutung einnehmen wird, ist auch die Vernetzung der möglichen Dienstleistungen bedeutungsvoll. Ist es beispielsweise denkbar, dass ein Stadtwerk mit der SPITEX kooperiert und in Alterswohnungen mehr smarte Services anbieten kann, als in einer Mietwohnung auf dem freien Wohnungsmarkt? Oder kann ein Stadtwerk enger mit der lokalen Abfallentsorgung oder mit den Reparaturdiensten von Firmen zu-

sammenarbeiten, damit sie zu eigentlichen City Managern im Wertstoffkreislauf werden? Solche Entwicklungen böten auch Vorteile für die Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner; denn was ist schöner, als sich an ein «City Management» zu wenden, das alles aus einer Hand organisiert, liefert und abholt? Heute sind die Stadtwerke aber noch keine solchen City Management-Stellen. Sie sind primär Energieversorger und Netzbetreiber.

«Stadtwerke und andere stadteigene Betriebe könnten den Leistungsauftrag für die Entwicklung eines City-Managements übernehmen.»

Doch warum sollte das immer so bleiben? Warum müssen Stadtwerke sich hauptsächlich mit Energie-, Wärme- und Telekommunikationsnetzen befassen? Ich kann mir gut vorstellen, dass ein stadteigener Betrieb den Leistungsauftrag für die Entwicklung eines eigentlichen City-Managements übernimmt. Stadtwerke haben die beste Ausgangslage für eine Stadtwerke-Alleinstellung in der Smart City. Der grösste Teil der Einwohnerinnen und Einwohner von Städten befürworten im übrigen den intelligenten Aus- und Umbau von Städten in Richtung Smart City. In einer Studie von Accenture wurde sogar festgestellt, dass von den städtischen Energieversorgungsunternehmen ein grösseres Engagement erwartet wird in diesem Aufgabenfeld.

Fokussiert man auf die Ergebnisse dieser Studie, so fällt auf, dass insbesondere eine deutliche Verbesserung vor allem in den Bereichen Energieeffizienz, wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit, Umweltschutz und Lebensqualität erwartet wird. Eine solche Markterwartung ist die schönste Ausgangslage für städtische Betriebe. Die städtische Politik sollte jetzt ihre Stadtwerke auf eine Reise in die Energiegesellschaft der Zukunft senden. Es sind mit dem notwendigen Mut und der notwendigen Weitsicht strategische Handlungsfelder in der Smart City zu definieren. Denn von der guten Ausgangslage der Stadtwerke darf man sich nicht blenden lassen: Wenn der Umbau zum City Management in der Smart City verpasst wird, werden andere Marktakteure beginnen, dieses Feld «abzugrasen».

POLITIK

Rückblick auf die Wintersession

Bei der Reform der Altersvorsorge 2020 brachte die Wintersession keine Annäherung zwischen den beiden Räten. Uneinig waren sich die beiden Kammern auch bei den Kürzungsvorschlägen für die Bundesfinanzen, wobei am Schluss der Nationalrat die Oberhand behielt. In verschiedenen für den Städteverband wichtigen Dossiers fand das Parlament aber eine Lösung. Die Differenzen bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative wurden bereinigt. Unbestritten waren zudem die finanzielle Aufstockung des Bahninfrastrukturfonds um 2,4 Milliarden Franken und der Um- und Ausbau des Stromnetzes.

Stillstand bei der Rentenreform

Der Ständerat beharrt auf seinem Vorschlag, bei neuen AHV-Renten einen Zuschlag von 70 Franken zu gewähren. Den vom Nationalrat beschlossenen Stabilisierungsmechanismus, der bei einer finanziellen Schiefelage der AHV eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre ermöglicht, lehnt er ab. Die Ratsmehrheit ist überzeugt, dass dieser die ganze Vorlage in einer Volksabstimmung zum Scheitern bringen würde. Bei den Anpassungen in der zweiten Säule, den Witwenrenten oder der Zusatzfinanzierung aus der Mehrwertsteuer gibt

es zwischen den Räten ebenfalls noch Differenzen. Die Sozialkommission des Nationalrats wird die Vorlage im Januar erneut beraten.

Einsparungen bei der Bundesverwaltung

In der Budgetdebatte setzte sich der Nationalrat durch, nachdem er einen Kompromiss der Einigungskonferenz abgelehnt hatte. Damit treten automatisch die Vorschläge der sparsameren Kammer in Kraft. Trotz den Kürzungen wird für das Jahr 2017 mit einem Minus von 250 Millionen Franken gerechnet. Von den Einsparungen ist in erster Linie die Bundesverwaltung betroffen. In den Bereichen Personal, externe Berater und Informatik sollen 128 Millionen eingespart werden. Aus Sicht der Städte ist wichtig, dass es nicht zu einem Leistungsabbau auf Bundesebene kommt, der sich in den Kommunen niederschlägt.

Vorzugsbehandlung auch für EU-Bürger

Der Nationalrat hat bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative die letzten Differenzen zum Ständerat ausgeräumt. Die Vorlage sieht eine Vorzugsbehandlung für Stellensuchende, die bei der Arbeitsvermittlung gemeldet sind, vor. Bei überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit können zeitlich befris-

tete Massnahmen zu ihren Gunsten ergriffen werden, etwa die Pflicht für die Arbeitgeber freie Stellen zu melden und passende Kandidaten und Kandidatinnen einzuladen. Vom Tisch ist dagegen eine Begründungspflicht bei einer Ablehnung. Nicht nur inländische Arbeitslose sollen von den Massnahmen profitieren, sondern auch stellensuchende EU-Bürger. Der Fortbestand der bilateralen Abkommen mit der EU, wie es der Städteverband gefordert hatte, scheint damit vorerst gesichert.

Stromnetz fit für die Zukunft

Der Ständerat hat der «Strategie Stromnetze» des Bundesrats mit einigen Anpassungen zugestimmt. Die Übertragungsleitungen sollen ausgebaut und flexibilisiert und damit Engpässe behoben werden. Die kleine Kammer will zudem die Bewilligungsverfahren für Leitungsprojekte verkürzen. Die Pläne des Bundes stehen im Zusammenhang mit der Energiestrategie 2050. Dezentrale und schwankende Netzeinspeisungen werden zusätzliche Anforderungen an das Stromnetz stellen, wovon die städtischen Energieversorger ebenfalls betroffen sein werden. Der Nationalrat wird sich voraussichtlich in der nächsten Session dazu äussern.

Vernehmlassungen

Sicherheitslücken schliessen

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS hat einen Bericht vorgelegt, der über den aktuellen Zustand der Alarmierungs- und Telekommunikationssysteme Auskunft gibt. Um in Krisensituationen die Kommunikation unter den Einsatzkräften und die Information der Bevölkerung auch in Zukunft gewährleisten zu können, sind erhebliche Investitionen notwendig. Der Städteverband setzt sich, gestützt auf die Einschätzung der Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren KSSD, für einen Werterhalt und Ausbau des Systems ein. Die städtischen Behörden für Schutz und Rettung BORS leisten tagtäglich einen zentralen Beitrag zum Bevölkerungsschutz. Deshalb sind die Erfahrungen der städtischen Einsatzkräfte in der weiteren Planung des Bundes zwin-

gend zu berücksichtigen. Nur so kann eine auch in der operativen Umsetzung taugliche Lösung sichergestellt werden.

Städte fordern wirksame Klimapolitik

Der Städteverband hat sich gegenüber dem Bund zur «Klimapolitik der Schweiz nach 2020» geäussert. Er sprach sich in seiner Stellungnahme für eine Ratifizierung des Klimaabkommens von Paris aus und befürwortet auch das Abkommen mit der EU zur Verknüpfung der beiden Emissionshandelssysteme, sowie die Totalrevision des CO₂-Gesetzes. Der städtische Raum ist unmittelbar und in relevantem Ausmass vom Klimawandel betroffen, einerseits durch die prognostizierte Zunahme von Extremereignissen (Starkniederschläge) und eine verstärkte Belastung durch Hitze in den Stadtgebieten (Wärmeinsel Stadt). In diesem Sinne sind die in der vorliegenden

Revisionsvorlage enthaltenen grundsätzlichen Stossrichtungen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses absolut notwendig, um die Auswirkungen des bereits stattfindenden globalen Klimawandels auf ein wirtschaftlich, sozial und ökologisch bewältigbares Niveau begrenzen zu können.

Mit den Zielvereinbarungen des Pariser Abkommens hat sich die Dringlichkeit deutlich erhöht, auf Stufe der CO₂-Gesetzgebung des Bundes für alle Sektoren, die fossile Energieträger einsetzen, wirkungsstarke Vorgaben und Rahmenbedingungen zum Klimaschutz festzusetzen, welche eine rasche Transformation von fossilen auf erneuerbare Energieträger bewirken.

Weitere Vernehmlassungen unter:
www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Abstimmungsparolen: Ja zum NAF und zur erleichterten Einbürgerung



Zweimal Ja und einmal Stimmfreigabe – dies sind die Abstimmungsempfehlungen, die der Vorstand des Städteverbandes an

seiner Sitzung beschlossen, respektive bestätigt hat. Ein Ja empfiehlt der Städteverband zur erleichterten Einbürgerung für Personen der dritten Generation und zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds NAF. An einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundesrätin Doris Leuthard erklärte SSV-Präsident Kurt Fluri: «Nur mit dem NAF gibt es künftig die dringend nötigen Mittel des Bundes für den Agglomerationsverkehr. Ohne diese Mittel können die Verkehrsprobleme in den Agglomerationen nicht gelöst werden.» Weil die Verbandsmitglieder sehr unterschiedlich von der Unternehmenssteuerreform III betroffen sind, beschloss der Vorstand bereits im September Stimmfreigabe zu dieser Vorlage.

www.staedteverband.ch

Neuer Stadtwerke-Kongress wird 2017 erstmals durchgeführt



Wie sieht die Energiegesellschaft der Zukunft aus? Wie weit sind die Städte und ihre Stadtwerke auf ihrem Weg zu einer Smart City?

Und was bedeutet der Umbau des Energiesystems für die Stadtentwicklung? Die Städte und ihre Stadtwerke spielen eine wichtige Rolle auf dem Weg zur Energiegesellschaft der Zukunft. Grund genug, dafür eine neue Veranstaltung zu diesem Thema zu lancieren: Der erste Schweizer Stadtwerke-Kongress findet am 31. März 2017 in Biel statt. Der Städteverband und die Organisation Kommunale Infrastruktur gehören zur Trägerschaft.

www.stadtwerkekongress.ch

Städtekonferenz Mobilität thematisiert Zukunft des Parkraums



Rund 70 Vertreterinnen und Vertreter von Schweizer Städten diskutierten am 29. November in Aarau auf Einladung der Städte-

konferenz Mobilität über die Zukunft des Parkens. Ihr Fazit: Der Wandel des Stadtverkehrs muss sich auch in der Parkraumpolitik niederschlagen. Wichtig bleibt ein ausreichendes Angebot für die verschiedenen Verkehrsmit-

tel. Um ein Überangebot zu verhindern, sollen öffentliche und private Parkierung verstärkt zusammen bearbeitet und mehr autoreduzierte Siedlungen bewilligt und gebaut werden.

www.skm-cvm.ch

Delémont erhält den «FLUX» für gelungene Verkehrsplanung



Delémont erhält den Verkehrspreis «FLUX – Goldener Verkehrsknoten», einen der bedeutendsten Mobilitätspreise in der

Schweiz. Delémont wurde als «innovativster und kundenfreundlichster mittelgrosser Verkehrsknoten» der Schweiz ausgezeichnet. Für den FLUX dürfen nur Dossiers und Dokumentationen zu Verkehrssituationen eingereicht werden, die in den vergangenen fünf Jahren angepasst wurden. Die Jury aus elf Schweizer ÖV-Experten und -Expertinnen wählt jedes Jahr einen anderen Themenschwerpunkt. Dieses Jahr hat sie mittelgrosse Verkehrsknoten mit täglich 5000 bis 10000 Ein- und Aussteigern unter die Lupe genommen. Der SSV ist in der Jury vertreten und gratuliert Delémont, wie auch den ebenfalls in der Schlussrunde vertretenen Dornach-Arlesheim, Interlaken West und Wettingen.

www.postauto.ch

Die Tripartite Agglomerationskonferenz TAK wird zur Tripartiten Konferenz TK.



Die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden im Rahmen der bisherigen Tripartiten Agglomerationskonferenz TAK wird als «Tripartite Konferenz» TK fortgesetzt. Mit dem Einbezug der ländlichen Räume soll der engen Verflechtung zwischen städtischen und ländlichen Räumen Rechnung getragen werden. Die TK wird sich weiterhin mit raumrelevanten Themen von gesamtschweizerischem Interesse befassen, die alle drei staatlichen Ebenen betreffen. Sie leistet damit einen Beitrag zur kohärenten Raumentwicklung der Schweiz. Im Arbeitsprogramm 2017-2021 gehören die Raumentwicklung in Stadt-Land übergreifenden Regionen, Finanzierungs-, Nutzen- und Lastenausgleichsfragen sowie die Ausländer- und Integrationspolitik mit zu den Schwerpunkten.

www.staedteverband.ch

Kurzmeldungen

Einspar-Contracting für die öffentliche Hand

Noch ist das Instrument wenig bekannt, aber Einspar-Contracting hat bei Gebäuden der öffentlichen Hand ein grosses Potential. Durch die Zusammenarbeit zwischen einem Liegenschaftsbesitzer und einem Energiedienstleistungsunternehmen sowie allenfalls einem Finanzierungspartner lässt sich die Energieeffizienz von Gebäuden und Anlagen deutlich steigern. Eine gemeinsame Broschüre von BFE und Städteverband zeigt, wie es funktioniert.

www.energieschweiz.ch

Die Föderalismuskonferenz 2017 findet in Montreux statt

Welche Bedeutung hat der Föderalismus für die Schweiz? Und wie entwickelt sich das föderale System unseres Landes in Zukunft? Zwei Fragen, mit denen sich die Nationale Föderalismuskonferenz 2017 auseinandersetzt. Sie findet am 26./27. Oktober 2017 in Montreux statt.

www.federalismus2017.ch

Strategien und konkrete Projekte zur Umsetzung der Smart City

SmartSuisse ist eine neue Strategiekonferenz, die Smart City Themen behandelt. An der Veranstaltung werden Strategieüberlegungen und konkrete Lösungen präsentiert. Angewandt wird dabei ein branchenübergreifender Ansatz mit dem Ziel, den öffentlichen Sektor mit der Wirtschaft und der Wissenschaft stärker zu vernetzen.

Die Veranstaltung, die sich an kommunale Entscheidungsträger aus Stadtverwaltungen, Gemeinderäte und kantonale Behörden richtet, findet am 27. April 2017 im Congress Center Basel statt.

www.smartsuisse.com

 **SUISSE PUBLIC**
Schweizer Fachmesse für öffentliche Betriebe und Grossunternehmen

Bern, 13.–16. Juni 2017

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 31. März 2017** **1. Schweizerischer Stadtwerke-Kongress** in Biel
Information: www.stadtwerkekongress.ch
- 31. August 2017 -**
1. September 2017 **Städtetag 2017** in Montreux
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Organisation Kommunale Infrastruktur

- 24. Januar 2017** **Recyclingkongress Gemeinden 2017 – Ist die Recyclingweltmeisterin Schweiz fit für die Zukunft?** in Biel-Bienne
Information: Stephanie Glutz Telefon 031 356 32 42, info@kommunale-infrastruktur.ch

Weitere Organisationen

- 18. - 19. Januar 2017** **Kulturelle Teilhabe fördern – Eine Praxistagung für private und staatliche Förderstellen** in Bern (Patronat SSV)
Information: www.bak.admin.ch
- 27. Januar 2017** **ERFA-Gruppe «Grenzüberschreitende Zusammenarbeit»** in St. Gallen
Information: www.imp.unisg.ch
- 27. Januar 2017** **Grossprojekte als Herausforderung für die öffentliche Verwaltung** in Freiburg
Information: www.unifr.ch
- 31. Januar 2017** **Forum Nachhaltige Entwicklung: «Kultur und Kreativität für eine nachhaltige Entwicklung»** in Bern (Patronat SSV)
Information: www.are.admin.ch
- 7. - 8. März 2017** **Swiss eGovernment Forum 2017** in Bern
Information: www.infosocietydays.ch
- 27. April 2017** **Smart Suisse - Strategiekongress** in Basel (Patronat SSV)
Information: www.smartsuisse.com
- 13. - 16. Juni 2017** **Suisse Public** in Bern (Patronat SSV)
Information: www.suissepublic.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Karin Christen, Julia Imfeld, Lucas Müller, Maja Münstermann, Martin Tschirren, Roman Widmer; Übersetzungen: proverb
Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Portrait Seite 1: VKU/Chaperon; Bild Seite 2: zvg
Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch